

Die Linke Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

**LSVD Verband Queere Vielfalt Berlin-
Brandenburg e.V.
Bildungs- und Sozialwerk des Lesben- und
Schwulenverbandes Berlin-Brandenburg
e.V.**

Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: 030/24009-289
Telefax: 030/24009-260
info@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Deutsche Bank
DE86 1007 0848 0525 6078
02 DEUTDEDB110

***Antworten DIE LINKE Berlin auf Ihren Wahlprüfstein
zur AGH-Wahl 2026***

Berlin, den 13.7.26

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie mit dem von Ihnen erarbeiteten Wahlprüfstein einen wichtigen Beitrag zur politischen Willensbildung in Berlin leisten!

Im Folgenden finden Sie die Antworten von Die Linke Berlin auf Ihre Fragen.

- 1. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, im nächsten Landeshaushalt eine namentlich ausgewiesene, mehrjährige Haushaltslinie für den Berliner LSBTIQ+-Aktionsplan bereitzustellen (bitte Betrag oder prozentualen Anteil nennen), eine beim Senat angesiedelte Queerbeauftragte dauerhaft für die kommende Legislaturperiode zu verankern sowie eine langfristige, mehrjährige Förderung von Beratungs-, Selbsthilfe- und Communitystrukturen für LSBTIQ in allen Berliner Bezirken sicherzustellen?**

Ja. Die Linke Berlin verfolgt bei der Ausfinanzierung der Berliner Queerpolitik einen ganzheitlichen Ansatz. Richtig ist, dass es eine eigene, mehrjährige Haushaltslinie für die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) braucht. Bisher wird der Aktionsplan im Einzelplan 11 der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

(SenASGIVA) ausgewiesen. Darüber hinaus kann und muss es Projekte mit LSBTIQ*-Bezug geben, die neben der bzw. über die IGSV hinaus gefördert werden und dementsprechend Bestandteil weiterer Einzelpläne sein können. Zu Beginn der Legislaturperiode hat die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin eine Schriftliche Anfrage zum Thema „Förderung queerer Strukturen in Berlin“ (Drucksache 19 / 14 463) an den Berliner Senat gestellt. Für das Jahr 2023 hat der Senat seinerzeit einen (Teil-)Ansatz von rund 17 Millionen Euro für Projekte mit LSBTIQ*-Bezug angegeben. Vor dem Hintergrund steigender Kosten und Bedarfe strebt Die Linke Berlin mindestens 20 Millionen Euro an, perspektivisch mit einer dynamischen Anpassung.

Die Linke Berlin unterstützt die Verankerung einer*eines Queerbeauftragten als unabhängige*n Beauftragte*n, analog etwa zur Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen. Darüber hinaus wird Die Linke Berlin partizipativere bzw. demokratischere Beteiligungsmodelle für und mit den queeren Communities erproben. Denkbar wäre etwa die Schaffung eines queeren Beirats auf Landesebene.

Die Linke Berlin unterstützt auch die langfristige Förderung von queeren Beratungs-, Selbsthilfe- und Community-Strukturen in den Bezirken. Dafür ist entscheidend, dass die Bezirke finanziell in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen. Schon jetzt ist es teilweise zu erleben, dass bspw. die Schaffung von bezirklichen Queerbeauftragten nur unter Kostendruck bzw. zulasten anderer Fachbereiche wie Gleichstellung/Feminismus gewährleistet werden kann. Zwar wurde mit der Verwaltungsreform das Konnexitätsprinzip verankert, zu lösen bleibt allerdings das Problem der chronischen Unterfinanzierung der Bezirke. Die Linke Berlin steht für eine finanzielle Stärkung der Bezirke und priorisiert eine bedarfsgerechte Finanzierung der Bezirke gegenüber der Orientierung an betriebswirtschaftlichen Kennzahlen innerhalb des Systems der Kosten-Leistungsrechnung mit seinen vielfältigen Fehlanreizen.

Grundsätzlich gilt für Die Linke Berlin: Die Förderstrukturen müssen verstetigt und entbürokratisiert werden. Die Linke Berlin wird sich für eine längerfristige Finanzierung von Projekten starkmachen, damit auch die bürokratische Last für die Träger reduziert wird. Das gilt insbesondere für Projekte, die Leistungen erbringen, die faktisch staatliche Aufgaben darstellen. Wer in kurzen Förderzyklen gebunden ist, kann seine eigentlichen Aufgaben nur eingeschränkt erfüllen.

2. Wie möchte Ihre Partei die Umsetzung des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) und die Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit konkret stärken?

Für Die Linke Berlin sind die Evaluierung und Weiterentwicklung des Landesantidiskriminierungsgesetzes von zentraler Bedeutung. Schutzlücken müssen geschlossen werden. Konkret bedeutet dies, dass Die Linke Berlin den Katalog der Diskriminierungstatbestände um Aufenthaltsstatus, Staatsbürgerschaft, Fürsorgeverantwortung oder Gewichtsdiskriminierung erweitern wird. Darüber hinaus wird Die Linke Berlin die LADG-Ombudsstelle personell stärken und ihre Befugnisse ausweiten. Zu den erweiterten Befugnissen zählt u.a. ein unabhängiges Presse- und Initiativrecht.

— Nach wie vor wissen viele Berliner*innen nicht, welche Rechte sie im Falle von Diskriminierung durch den Staat haben. Deshalb wird Die Linke Berlin das LADG mit einer breit angelegten und auf die Communities zugeschnittenen Informationskampagne bekannter machen.

Zur Schließung von Schutzlücken bedarf es auf Bundesebene außerdem einer Verbesserung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Der zuletzt von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzesentwurf ist unzureichend. Die Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag hat deshalb den Antrag „Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken – Diskriminierungsschutz erweitern“ (Drucksache 21/4538) eingebracht. Dieser sieht u.a. die Aufnahme der Diskriminierungsmerkmale des sozialen Status, chronischer Erkrankungen oder Körpergewicht sowie die Streichung des Merkmals „Rasse“ vor. Letzteres Merkmal muss durch „Diskriminierung aus rassistischen Gründen“ ersetzt werden. Darüber hinaus sieht der Antrag die Einführung eines Verbandsklagerechts sowie eine Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) z.B. durch ein eigenes Klagerecht zur Schaffung von Präzedenzfällen vor. Diese Ziele wird Die Linke Berlin weiterverfolgen und gegenüber der Bundesregierung vertreten.

— Hinsichtlich der Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit bedarf es nach Ansicht von Die Linke Berlin einer konkreten Umsetzungsplanung, eines Zeitrahmens, klarer Verantwortlichkeiten, der Zuweisung von finanziellen Ressourcen sowie des Monitorings und der Evaluierung zur Überwachung des Fortschritts und zur Bewertung der Wirksamkeit der Strategie. Partizipative Prozesse zur Erarbeitung von entsprechenden Strategien sind nur dann sinnvoll, wenn die Strategien auch in die Praxis umgesetzt werden. Darüber hinaus darf die Diskussion um die Sicherheit von LSBTIQ* nicht dafür genutzt werden, um polizeiliche Repression oder Massenüberwachung zu legitimieren. Die Linke Berlin wird sich insbesondere für die Stärkung solidarischer Strukturen aus den queeren Communities (z.B. Opferhilfen) einsetzen, Angebote z.B. zur Selbstverteidigung fördern und die Prävention u.a. an Schulen ausbauen.

3. Wird sich Ihre Partei für verbindliche Schulungen in Landes- und Bezirkseinrichtungen zur Sensibilisierung für queere Lebensrealitäten einsetzen?

Ja. Die Linke Berlin unterstützt verbindliche Schulungen zur Sensibilisierung für queere Lebensrealitäten in Landes- und Bezirkseinrichtungen. Entscheidend ist neben der Verbindlichkeit die Qualität der Angebote zur Weiterbildung. Nur wenn Fortbildungen praxisnah, regelmäßig und qualitativ hochwertig sind, können sie ihre Wirkung entfalten.

Ziel ist eine Verwaltung, die diskriminierungssensibel arbeitet und die Lebensrealitäten queerer Menschen selbstverständlich berücksichtigt.

4. Wird sich Ihre Partei für eine verbindliche Verankerung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in den Berliner Lehrplänen sowie für verpflichtende Aus- und Fortbildungen aller pädagogischen Fachkräfte (inklusive freier Schulen) einsetzen?

Ja. Auch bei den Fortbildungen von Lehrkräften ist es entscheidend, dass sie verpflichtend sind. Um eine Verpflichtung angemessen zu begründen, bedarf es allerdings eines qualitativ hochwertigen und praxisnahen Angebots bei den Fortbildungen. Die Linke Berlin wird deshalb u.a. die Kürzungen bei der Fachstelle Queerformat rückgängig machen und entsprechende Angebote stärken. Die jüngsten queerfeindlichen Vorfälle an Schulen haben darüber hinaus gezeigt, dass es ein strukturelles Problem mit Queerfeindlichkeit im Berliner Bildungssystem gibt, das z.B. auch die bezirklichen Schulaufsichten und die zuständige Senatsverwaltung als oberste Schulaufsichtsbehörde betrifft.

Neben der fächerübergreifenden Verankerung von „Bildung zur sexuellen Selbstbestimmung“ oder „Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter“ im Rahmenlehrplan braucht es mehr verpflichtende Inhalte für den Unterricht, die queeres Leben und die Belange von LSBTIQ* explizit abbilden.

5. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die medizinische und psychotherapeutische Versorgung von trans*, inter* und nichtbinären Menschen in Berlin zu verbessern und

bestehende Zugangshürden abzubauen (z. B. Koordinationsstellen, Weiterbildungen, Förderprogramme)?

Die grundlegendsten Probleme hinsichtlich der medizinischen Versorgung von trans, inter und nicht-binären Menschen sind die Frage der Kostenübernahme geschlechtsangleichender Maßnahmen und die grundsätzlich mangelhafte psychotherapeutische Versorgung. Die Linke Berlin wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass nach dem Urteil des Bundessozialgerichts von 2023 eine gesetzliche Grundlage für die Übernahme der Kosten geschlechtsangleichender Maßnahmen geschaffen wird. Die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland kann nur durch eine angemessene Finanzierung gesichert werden. Das heißt auch: Die Kürzungen etwa bei den Honoraren der Psychotherapeut*innen müssen zurückgenommen werden.

Landeseigene Kliniken und Versorgungseinrichtungen wird Die Linke Berlin dabei unterstützen, die Versorgung von trans, inter und nicht-binären Patient*innen in den internen und öffentlichen Fortbildungsprogrammen zum Thema zu machen. Ein gutes Beispiel ist das Symposium „Versorgung von psychiatrischen Patient*innen mit trans/inter/nicht-binärem Hintergrund“ von Vivantes aus dem Jahr 2024. Darüber hinaus wird Die Linke Berlin bestehende Strukturen wie die Beratungsstelle „Queer leben“ stärken, die auch Fortbildungen für medizinisches Personal anbieten.

Der Berliner Krisendienst hat sich als eine weitere wichtige Anlaufstelle zur niedrigschwelligen Unterstützung für Menschen in unterschiedlichen Krisen bewährt. Die Linke Berlin wird den Berliner Krisendienst auch weiterhin finanziell fördern und hinsichtlich der Bedarfe marginalisierter Gruppen wie LSBTIQ* stärken.

6. Wie will Ihre Partei Regenbogenfamilien in Berlin in Verwaltungsverfahren praktisch entlasten, beispielsweise durch einheitliche und deutlich vereinfachte Vorgaben zu den Verfahren der Stiefkindadoptionen in queeren Familien oder eine verpflichtende Qualifizierung der Mitarbeitenden zu den Rechten von queeren Familien in relevanten Behörden wie Elterngeldstellen, Standes- und Jugendämtern?

Die Linke Berlin geht davon aus, dass das bestehende Abstammungsrecht in Deutschland verfassungswidrig ist. Die Partei Die Linke setzt sich seit vielen Jahren für eine Reform des Abstammungsrechts ein, die den Adoptionszwang bei lesbischen Frauen überwindet und trans Elternschaft

vollumfänglich anerkennt. Die Linke Berlin wird sich gegenüber dem Bund für eine entsprechende Reform einsetzen. Darüber hinaus wird Die Linke Berlin bestehende Regenbogenfamilien-Zentren stärken. Die IGSV sieht eine Verankerung von Themen wie Regenbogen(pflege)familien in den Fortbildungsangeboten für die Richter*innenschaft vor und insbesondere an den Familiengerichten – dieses Ziel wird Die Linke Berlin weiterverfolgen und sich analog dazu auch für eine verpflichtende Qualifizierung in Standesämtern, Jugendämtern, Elterngeldstellen (insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Elterngeld-Reform) und weiteren familienbezogenen Behörden einsetzen.

7. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, queere Infrastruktur wie Bars, Cafés, Clubs und weitere Begegnungsorte zu erhalten und strukturelle Unterstützung zuzusichern?

Im Dezember 2025 hat die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin den Antrag „Queere Räume sichern, Die Zeit drängt! – Berlin braucht zügig ein Landeskonzzept zum Erhalt queerer Orte“ (Drucksache 19/2811) beschlossen. Das darin vorgesehene Landeskonzzept soll als eigenes Handlungsfeld in der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) verankert werden. Konkrete Maßnahmen umfassen u.a. einen ein Sicherungsfonds für queere Räume in Notsituationen, die Entwicklung und Ermöglichung neuer queerer Räume sowie die explizite Berücksichtigung der queeren Community bei der Vergabe von landeseigenen Räumlichkeiten und Flächen. Dieses Ziel wird Die Linke Berlin weiterverfolgen.

Bestehende Strukturen und Liegenschaften – wie etwa im Falle des RAW-Geländes – müssen vor Gentrifizierung geschützt werden. Darüber hinaus gilt: Je mehr Community-Räume auch in Community-Hand sind, desto besser. Die Bewerbung des Berliner CSD e.V. für die World Pride 2032 betrachtet Die Linke Berlin als Chance zur Unterstützung bestehender und zur Schaffung neuer Community-Räume.

Darüber hinaus bedarf es für den langfristigen Erhalt queerer Infrastruktur einer engagierte Club- sowie einer sozialen Stadtentwicklungspolitik – sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Die Linke Berlin kämpft seit vielen Jahren für städtische Maßnahmen wie die Ausweitung der Unterstützung von Schallschutzmaßnahmen oder die Vereinfachung von Zwischennutzungen. Der Bund muss u.a. bestehende und überzeichnete Clubförderprogramme wie die Initiative Musik ausweiten, eine Novellierung

der „Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm“ (TA Lärm) auf den Weg bringen und „Kulturschutzgebiete“ einführen.

8. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Verbesserung der Lebenssituation und Sichtbarkeit queerer Senior*innen in Berlin, insbesondere in Pflege, Altenhilfe und Quartiersarbeit?

Die Linke Berlin unterstützt seit vielen Jahren die Schaffung solidarischer Wohnprojekte, wie das Wohnprojekt des Rad und Tat e.V. in der Berolina Straße oder den Lebensort Vielfalt an der Schöneberger Linse. Solange die Wartelisten lang sind und der Bedarf groß ist, müssen weitere solcher und ähnlicher Projekte geschaffen werden, um gegenseitige Hilfe, soziale Teilhabe und Begegnung zu fördern und Einsamkeit bei queeren Senior*innen im Alter zu bekämpfen. Die Linke Berlin wird sich weiterhin für die Schulung von Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen, ambulanten Diensten und der Senior*innenarbeit sowie für den Ausbau diskriminierungssensibler Beratungs- und Unterstützungsangebote einsetzen. Die Linke Berlin wird das Handlungsfeld „Alter und Pflege“ der IGSV konsequent umsetzen bspw. hinsichtlich der diversitätssensiblen Öffnung der Altenhilfe. Das Handlungsfeld muss weiterentwickelt werden, damit queeres Leben in der Quartiersarbeit stärkere Berücksichtigung findet und entsprechende Angebote in den Bezirken gestärkt werden. Darüber hinaus wird Die Linke Berlin die Fachstelle LSBTI, Altern und Pflege weiter ausbauen und sich dafür einsetzen, dass die Sichtbarkeit queerer Senior*innen – etwa in der Kampagnenarbeit der Landesantidiskriminierungsstelle – erhöht wird.

9. Wie wird Ihre Partei die Sichtbarkeit und Repräsentation von LSBTIQ* in Berliner Medien-, Kultur- und Sportförderprogrammen stärken (z. B. durch gezielte Förderlinien oder Beteiligung in Gremien)?

Analog zur queeren Vertretung im Rundfunkrat des rbb unterstützt Die Linke Berlin die Repräsentation von LSBTIQ* in Fachjurys, Beiräten und Entscheidungsgremien in den Bereichen Medien, Kultur und Sport. Dabei fordert Die Linke Berlin die stärkere Berücksichtigung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt sowie Antidiskriminierung bzw. Diversität in der Berliner Kulturförderung, beim Landesspotbund und in der Sportförderung sowie der Medienförderung, etwa beim Medienboard Berlin-Brandenburg. Bei Förderprogrammen in den genannten Bereichen wird Die Linke Berlin Diversität explizit berücksichtigen und die Expertise queerer Communities in deren Ausgestaltung einbeziehen. Die Berliner Förderpolitik muss die Vielfalt der Stadtgesellschaft abbilden.

10. Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um LSBTIQ*-Geflüchteten in Berlin sicheren Wohnraum, spezialisierte Beratungsangebote und wirksamen Schutz vor Gewalt in Unterkünften zu gewährleisten?

Die Linke Berlin teilt die Kritik etwa von ILGA Europe an der Reform des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS), da durch diese u.a. aufgrund von beschleunigten Verfahren an der EU-Außengrenze mit dramatischen Menschenrechtsverletzungen, auch und besonders gegenüber queeren Geflüchteten zu rechnen ist. Auch die Angriffe der Bundesregierung auf die Asylverfahrensberatung und Rechtsberatung für queere Geflüchtete lehnt Die Linke Berlin ab. Die Linke Berlin wird sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität besonders schutzbedürftig sind, nicht abgeschoben werden. Es braucht dringend einen Paradigmenwechsel hin zu einer menschenrechtsbasierten Asyl- und Migrationspolitik.

Die Linke Berlin wird das Handlungsfeld „Flucht und Migration“ der IGSV konsequent umsetzen und weiterentwickeln. Vielen queeren Geflüchteten droht die Wohnungslosigkeit. Daher wird Die Linke Berlin die Kürzungen in der queeren Wohnungslosenhilfe rückgängig machen und die bestehenden Angebote stärken. Die kürzlich von QueerHome veröffentlichten Handlungsempfehlungen wird Die Linke umsetzen und gegenüber der Bundesregierung vertreten. Die Abschaffung der Wohnsitztafel z.B. ist seit vielen Jahren eine Forderung der Partei Die Linke. Die Linke Berlin wird sich u.a. dafür einsetzen, dass Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus Zugang zu WBS und geschütztem Wohnungsmarkt bekommen.

Die Linke Berlin wird die Kapazitäten für die Unterbringung queerer Geflüchteter, etwa in der Schwerpunktunterkunft des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten und Unterbringung (LFU), erhöhen. Um die Sicherheit queerer Geflüchteter zu verbessern, wird Die Linke Berlin die Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit, etwa hinsichtlich der Fortbildungsangebote zum Umgang mit Queerfeindlichkeit für Mitarbeitende der Migrationsbehörden sowie von Geflüchteten-Unterkünften, konsequent umsetzen. Wichtige Projekte der queeren Geflüchteten-Hilfe wird Die Linke Berlin weiter stärken.

Solidarische Grüße

Die Linke Berlin